



**Vom vaterlandslosen Gesellen zum Scheinasylanten –
Über den Umgang mit Romaflüchtlingen aus dem Balkan
Münster, Stadtbücherei, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr
Veranstalter: GGUA e.V.**

Vergangene Woche hat der Grundrechtsausschuss des Europaparlaments einem Vorschlag der Europäischen Kommission¹ zugestimmt, der der Europäischen Union die Möglichkeit gibt, die Visumpflicht für Angehörige von sog. Drittstaaten, die zuvor von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte entbunden worden waren, im Falle einer „Notlage“, befristet wieder einzuführen.²

Als Notlage gilt, wenn ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten über einen Zeitraum von sechs Monaten mit einem „plötzlichen und beträchtlichen Anstieg“ der Zahl sog. illegaler EinwandererInnen oder AsylbewerberInnen, deren Antrag anschließend als unbegründet abgelehnt wird, konfrontiert wird, oder, wenn ein sog. Drittstaat Rückübernahmeersuchen von Seiten europäischer Mitgliedstaaten vermehrt ablehnt.³

In seiner Begründung schreibt der Berichterstatter: „Der Vorschlag für eine Änderung der Verordnung ist die Reaktion der Kommission auf den Missbrauch, der in jüngster Zeit beim gemeinschaftlichen Visumssystem vorgekommen ist. Man musste feststellen, dass eine beträchtliche Zahl von Drittstaatsangehörigen unter Inanspruchnahme der Befreiung von der Visumpflicht in das Gebiet der Union einreiste, um internationalen Schutz mit fadenscheinigen Begründungen zu beantragen.“⁴

Die Europäische Kommission wird in ihrer Begründung noch deutlicher: Sie rechtfertigt ihren Vorschlag mit dem „raschen Anstieg der Asylanträge in einigen

¹ [Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation \(EC\) No 539/2001 listing the third countries whose nationals must be in possession of visas when crossing the external borders and those whose nationals are exempt from that requirement](#)

² European Parliament: [Schengen: internal border checks must be a last resort](#), 25.04.12

³ Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs: [Draft report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation \(EC\) No 539/2001 listing the third countries whose nationals must be in possession of visas when crossing the external borders and those whose nationals are exempt from that requirement \(COM\(2011\)0290 – C7-0135/2011 – 2011/0138\(COD\)\)](#), Berichterstatter: Agustín Díaz de Mera García Consuegra, S. 13

⁴ Ibid., S. 18



Mitgliedstaaten nach der Lockerung der Visumbestimmungen für einige Staaten des westlichen Balkan“.⁵

Seit Mitte 2010 mobilisiert sich die Europäische Kommission, allen voran, EU-Kommissarin Cecilia Malmström, deren Heimatland, Schweden, 2010 einen sprunghaften Anstieg der Zahl der Asylanträge verzeichnete, bedingt, vornehmlich, durch den starken Anstieg der Anzahl von AsylbewerberInnen aus Serbien, um diesen Zustrom zu drosseln.⁶ Aber auch Belgien, das ebenfalls einen starken Anstieg der Zahl von AsylbewerberInnen aus Serbien⁷ und Mazedonien verzeichnete, und in der zweiten Jahreshälfte den EU-Vorsitz innehatte, verschrieb sich dem Kampf gegen sog. Scheinasylanten.

Es folgten eine Vielzahl von Visiten und bilateraler Gespräche, in denen die Regierungen der Balkanstaaten immer nachdrücklicher aufgefordert wurden, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustrom an AsylbewerberInnen sofort zu reduzieren“, wie Erweiterungskommissar Stefan Füle im Oktober 2010 an die serbische und mazedonische Regierung schrieb.⁸

Bemerkenswerterweise vermeiden es sowohl die EU-Kommission, die, in den Jahren zuvor, immer wieder kritisiert hatte, dass ethnische Minderheiten, insbesondere Roma, in diesen Staaten diskriminiert würden, als auch die europäischen

⁵ [Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation \(EC\) No 539/2001 listing the third countries whose nationals must be in possession of visas when crossing the external borders and those whose nationals are exempt from that requirement](#)

⁶ In seinem Jahresbericht für 2010 schreibt das UN-Flüchtlingswerk: “Sweden ranked fourth among the 44 industrialized countries with 31,800 applications received during the year. This constituted a 32 per cent increase compared to 2009 and the third highest figure in 15 years. It is primarily asylum-seekers from Serbia who account for this increase. Their number more than quadrupled from 1,800 claims in 2009 to 7,900 in 2010. One fifth of all applications in Sweden of Serb citizens are lodged by Kosovars.” (UNHCR: Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries 2010, Genf 2010, S. 7)

Mit 7900 Asylanträgen lag Schweden 2010 bei AsylbewerberInnen aus Serbien an der Spitze, gefolgt von Deutschland mit 6500 Anträgen und Frankreich mit 5800. (ibid.)

⁷ 3100 für Serbien, davon 60 Prozent Kosovo. (ibid.)

⁸ Zitiert nach: European Stability Initiative (2011): *Advancing Freedom of Movement in a Populist Age: How the Western Balkans asylum seekers’ affair can be resolved*, Berlin, S. 8



Mitgliedstaaten, auf die Tatsache einzugehen, dass es sich bei den AsylbewerberInnen nahezu ausschließlich um Roma handelt.⁹

Lediglich indirekt wird dieser Tatsache Rechnung getan, indem die Europäische Kommission vergangenes Jahr in allen fünf Balkanstaaten, deren BürgerInnen 2009 und 2010 von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum befreit wurden, Treffen mit RegierungsvertreterInnen und NGOs zum Thema „Integration der Roma“ organisierten.¹⁰

Allerdings hat die Erkenntnis, dass Roma nach wie vor in allen fünf Staaten diskriminiert und in der Wahrnehmung ihrer Rechte eingeschränkt werden, wie die Kommission in ihren Folgeberichten zur Lockerung der Visumbestimmungen feststellt¹¹, nicht dazu geführt, die Rechtmäßigkeit der Asylanträge zu überdenken.

Die Kommission stellt, im Gegenteil fest, dass „[die Roma] ihr Herkunftsland vor allem aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, aufgrund falscher Vorstellungen über

⁹ Im Post-visa liberalisation monitoring Bericht der Kommission heisst es: “ as regards the ethnic background and geographical distribution, an estimated 80% of all asylum seekers from Serbia and the former Yugoslav Republic of Macedonia were Roma (Romani speaking), mostly from south Serbia, but also from the central and northern part (Vojvodina). The remaining 20% were ethnic Albanians from the former Yugoslav Republic of Macedonia and Serbia. Their geographical distribution largely corresponds to the regions in Serbia and the former Yugoslav Republic of Macedonia with the highest Roma or ethnic Albanian population density.”, Commission staff working paper: Second report on the post-visa liberalisation monitoring for the Western Balkan countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010, S. 17

Im zweiten Bericht heisst es in einer Fußnote: “Between 22 August and 18 September 2011 the share of citizens of Roma origin is as follows: 100% for Albania, 100% for Montenegro, 92% for Serbia, 88% of Bosnia and Herzegovina and 71% for the former Yugoslav Republic of Macedonia.”, Ibid., Fn. 4, S. 11

¹⁰ Siehe: Delegation of the European Union to the Former Yugoslav Republic of Macedonia: [Working meeting on the inclusion of Roma and Roma refugees](#), 26. Juli 2011; Delegation of the European Union to the Republic of Serbia: [EU encourages Serbian government to step up its efforts towards the economic and social integration of Roma](#), ohne Datum

¹¹ Commission staff working paper on the post-visa liberalisation monitoring for the Western Balkan countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010, SEC 2011 (695) final, 30.05.11 ; Commission staff working paper: Second report on the post-visa liberalisation monitoring for the Western Balkan countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010

die finanziellen Vorteile, die sie haben werden, wenn sie in bestimmten Mitgliedstaaten Asyl beantragen.“¹²

Die Vorstellung, dass die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in Wirklichkeit „Scheinasylanten“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind, bestimmt auch den politischen Diskurs in den Mitgliedstaaten. „Den Roma in Serbien ... geht es nicht gut. Das kann man nicht bestreiten,“ erklärte der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker vor einem Jahr in einer Parlamentsansprache. Es seien „unglückliche Menschen“, deren Probleme in Serbien und nicht in Luxemburg gelöst werden müssten. Serbien sei ein sicherer Staat, der eine europäische Perspektive habe. Folglich sei es nur logisch, dass kein einziger Asylbewerber aus Serbien in den vergangenen Monaten in Luxemburg Asyl erhalten habe. Dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern, so der Premierminister weiter.¹³

Aufgrund der statistisch erkennbaren Schwankungen der Asylbewerberzahlen setzte sich sogar die Vorstellung durch, die Roma kämen lediglich „zu uns“, um zu überwintern.¹⁴ „Während sie auf eine Entscheidung der Asylbehörden warten, erhalten die AsylbewerberInnen eine Wohnung, Essen, Kleider, Gesundheitsversorgung und eine freien Schuldienst für ihre Kinder. Für einige Roma sind das attraktive Aussichten,“ folgerten im Herbst die LeiterInnen der in Berlin ansässigen internationalen Denkfabrik *European Stability Initiative*. Sie stellten fest, dass sich die Fahrt in den Westen für Roma allemal lohne, sogar, wenn ihr Antrag auf Asyl schließlich abgelehnt werde.¹⁵

Folglich blieb eine weitergehende Analyse über die Gründe, die Roma dazu treiben, ihre Heimatländer in Südosteuropa zu verlassen, aus. Allerdings findet man in den Jahresstatistiken des UN-Flüchtlingswerks folgende Informationen: 45 Prozent aller

¹² “Their main reason for leaving their country of origin is economic, based on false perceptions of financial advantages that they will acquire by requesting asylum in certain Member States.”, Commission staff working paper: Second report on the post-visa liberalisation monitoring for the Western Balkan countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010, S. 14

¹³ Discours sur l'état de la Nation, 6. April 2011, verfügbar auf:

<http://www.gouvernement.lu/gouvernement/etat-nation/index.html>

¹⁴ “We can only suppose that half of these people, who often live in make-shift camps, come to spend winter in Switzerland where they know they'll get board and lodging for the duration of their application. That can't be ruled out”. Roma travel in search of winter asylum, *Swissinfo*, 12.02. 2012

¹⁵ European Stability Initiative: Balkan asylum seekers and the spectre of European hypocrisy, *EUobserver*, 4.10.11

serbischen AsylbewerberInnen stammten in Wirklichkeit aus dem Kosovo. In einzelnen Staaten, z.B. Belgien, Frankreich und Österreich, lag dieser Anteil sogar weit über 50 Prozent.¹⁶

Demnach ergibt sich gleich ein anderes Bild, da Roma im Kosovo nach wie vor als gefährdet gelten.¹⁷ Gleichzeitig stellt sich auch die Frage nach dem Schicksal der Kosovoroma, die als Flüchtlinge oder Binnenvertriebene in der Region des ehemaligen Jugoslawiens leben und bis heute keine Möglichkeit haben, sich dauerhaft in diesen Staaten zu integrieren. Unsere Erfahrung aus Mazedonien zeigt, dass ein Teil dieser Flüchtlinge die Chance, die sich mit der Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum ergeben hat, genutzt haben, um nach Jahren der Unsicherheit und der Entbehrungen, endlich ihren Anspruch auf Asyl geltend zu machen.

Eine zweite Frage ist die nach den Folgeanträgen. In der Tat zeigt sich, dass viele Roma, die heute in der EU Asyl beantragen, bereits vorher Anträge gestellt haben. „Die meisten Fälle, die wir heute haben, sind Altfälle, in der Regel aus Deutschland,“ erklärte uns vor einigen Monaten der Rechtsberater einer belgischen Flüchtlingsorganisation.

Viele AsylbewerberInnen aus Südosteuropa haben bereits früher in der EU gelebt. Einige wurden sogar in der EU geboren. Auf Anfrage der Partei „Die Linke“¹⁸, bestätigte die Bundesregierung vor anderthalb Monaten, dass 9 Prozent der

¹⁶ “The available evidence shows that in these countries, on average, 45 per cent of applicants from Serbia come from Kosovo. This compares to roughly 74 per cent the year earlier. Among the main receiving countries, the proportion of Kosovars is highest in France (88%), Austria (64%), and Belgium (60%). It is relatively low in Sweden (20%), Germany (24%), and Switzerland (41%).” (UNHCR: [Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries 2010](#), Genf 2010, S. 12)

¹⁷ Siehe dazu: UNHCR: [UNHCR’s eligibility guidelines for assessing the international protection needs of individuals from Kosovo](#), 9. November 2009

¹⁸ „Wie viele Personen aus den Ländern Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien stellten seit Anfang 2009 einen Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland (bitte jeweils nach Herkunftsländern und Monaten differenzieren und jeweils den Anteil von Roma-Angehörigen und Personen mit Geburtsort bzw. vorherigem Aufenthalt in Deutschland angeben)?“ (Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. – [Drucksache 17/8747](#), [Drucksache 17/8984](#), 14.03.12, Frage 33, S. 16)

AsylbewerberInnen aus Serbien und 5 Prozent der Personen aus Mazedonien in Deutschland geboren wurden. Bei AsylbewerberInnen aus Bosnien und Montenegro betrage dieser Anteil sogar 22 und 13 Prozent.¹⁹

Diese Feststellung müsste eigentlich dazu führen, die Praxis der Kettenduldungen in Frage zu stellen, bzw., die Tatsache, dass Menschen, obwohl sie in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, keine Chance auf Integration erhalten. Immerhin stellt sich dieses Problem nicht in gleichem Ausmaß für andere europäische Staaten.

Die Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte in der EU erfolgte keinesfalls als Geschenk. Vielmehr mussten die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien zuvor eine Reihe von Reformen durchführen. Allem voran mussten sie sogenannte Rückübernahmeabkommen mit der EU unterzeichnen. Zweck dieser Abkommen ist es, Abschiebungen zu beschleunigen, indem beispielsweise Fristen festgelegt werden, innerhalb derer Rückübernahmegesuche bearbeitet werden müssen, und Kategorien von Personen festgeschrieben werden, die die jeweiligen Staaten wieder aufnehmen müssen.

Dem vorangegangen war die Unterzeichnung sogenannter bilateraler Rückübernahmeabkommen. So hatte die Bundesregierung unterzeichnete bereits in den neunziger Jahren bilaterale Rückübernahmeabkommen mit allen Nachfolgestaaten des eh. Jugoslawien, mit Ausnahme von Slowenien unterzeichnet.²⁰ Deren Aufgabe war es unter anderem die Rückkehr der Kriegsflüchtlinge zu organisieren. Allerdings zeigt sich, dass die Umsetzung dieser Abkommen keineswegs neutral war, sondern vornehmlich Roma und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten betraf.

1998 veröffentlichte das Budapester European Roma Rights Centre einen Rückblick auf zehn Jahre Abschiebungen mazedonischer Roma aus Deutschland. Die amerikanische NGO warf der Bundesregierung vor, Roma gezielt abzuschieben. „Roma wurden abgeschoben, weil sie Roma waren,“²¹ stellte die NGO fest.

Auch bei den Abschiebungen nach Serbien sind Roma deutlich überrepräsentiert. Aus einer Erhebung des Belgrader Flughafensbüros, das die Abgeschobenen in

¹⁹ Ibid.

²⁰ 1994 Kroatien, 1996 Bosnien, 2002 Serbien, Mazedonien und Albanien

²¹ „German practice was not colour-blind during the dislodge-the-foreigners game, and Roma were deported because they were Roma.“ European Roma Rights Center: [A Pleasant Fiction The Human Rights Situation of Roma in Macedonia](#), S. 14

Empfang nimmt, von März 2006, geht hervor, dass 87 Prozent aller Abgeschobenen Angehörige ethnischer Minderheiten sind, von denen allein die Roma 59 Prozent ausmachen.²²

Folglich ist es kein Wunder, wenn heute, in einem Kontext, wo sich die Lebensbedingungen der Roma im ehemaligen Jugoslawien, vielfach verschärft haben, die Roma in die Länder zurückkehren, in denen sie bereits früher gelebt haben und wo sie nun hoffen, eine bessere Zukunft zu finden. „Ich bin sehr jung. Ich kann verschiedene Sprachen. Ich würde gleich anfangen zu arbeiten,“ erklärt ein junger Rom aus Serbien mit großer Selbstverständlichkeit in einem Fernsehinterview.²³

Um das zu verhindern, verschärfen viele EU-Mitgliedstaaten jetzt ihre Aufnahmebedingungen für AsylbewerberInnen. Im vergangenen Jahr haben verschiedene Bundesländer die Rückkehrhilfen für AsylbewerberInnen aus Serbien und Mazedonien eingestellt. Anfang dieses Jahres verkündete die **luxemburgische Regierung**, dass sie die finanziellen Beihilfen für Flüchtlinge an das Niveau der Nachbarländer anpassen wolle, was eine drastische Kürzung bedeutet.²⁴ Im März erklärte die neue **belgische Regierung** sämtliche Balkanländer zu sicheren Drittstaaten. Ziel sei eine Verkürzung der Verfahren und die Verhinderung von Missbrauch, so das Einwanderungsministerium in einer Presseerklärung.²⁵ Außerdem würde man die Liste sicherer Drittstaaten im Rahmen von Aufklärungskampagne benutzen, um potenzielle AsylbewerberInnen abzuschrecken.²⁶ Vergangene Woche stimmte das **schwedische Parlament** einem Gesetzesvorhaben zu, wonach abgelehnte AsylbewerberInnen mit einer Einreisesperre von bis zu fünf Jahren belegt werden.²⁷

Die Verschärfung der Bedingungen für AsylbewerberInnen hat ihr Pendant in den Maßnahmen, die die Staaten Südosteuropas getroffen haben oder noch treffen wollen. Im Vorfeld der Visaliberalisierungen haben sie bereits vielfältige Reformen durchgeführt. Dazu gehören unter anderem die Einführung fälschungssicherer Reisedokumente sowie die Verschärfung der Grenzkontrollen.

²² Republic of Serbia: Readmission, Januar 2007

²³ RTL: *Ëmmer méi Roma'en am Land: Portrait vun engem Betroffenen*, 1.4.11

²⁴ [Demandeurs d'asile: les aides sociales revues à la baisse](#), *Luxemburger Wort*, 6. Januar 2012

²⁵ Belgique: Secrétaire d'Etat à l'Asile et la Migration: [La liste des pays d'origine sûrs adoptée par le Conseil des Ministres](#), 23. März 2012

²⁶ Ibid.

²⁷ Embassy of Sweden, Sarajevo: [New rules for those who must leave Sweden](#), 27.04.12

Auf Druck der EU wurden diese Kontrollen im Verlauf der beiden letzten Jahre weiter ausgebaut. So verkündete der serbische Innenminister Ivica Dačić bereits Anfang vergangenen Jahres schärfere Kontrollen für Reisende aus den verarmten südlichen Landesteilen, die überwiegend von Angehörigen ethnischer Minderheiten bewohnt werden. Dabei werden Angehörige von ethnischen Minderheiten gezielt kontrolliert und „ausortiert“, wie uns Reisende berichteten. Dačić selbst erklärte gegenüber serbischen Medien, dass kein Rom und kein Albaner aus dem Süden Serbiens, das Land verlassen könne, ohne eine Rückfahrkarte und genügend Geld bei sich zu haben und den Zweck seiner Reise begründen zu können.²⁸

Mazedonien begann bereits frühzeitig, Reisepässe von Reisenden, die in den Verdacht gerieten, im Ausland Asyl beantragen zu wollen, mit einem Sichtvermerk zu versehen, der eine Weiterreise erschweren sollte.²⁹ Ende September vergangenen Jahres verabschiedete das Parlament eine Gesetzesnovelle, die es fortan möglich macht, abgeschobenen Flüchtlingen, bzw. auch anderen Personen, die nach Mazedonien abgeschoben wurden, den Pass für die Dauer eines Jahres zu entziehen.³⁰

Andere Balkanstaaten erwägen ähnliche Schritte, zögern allerdings noch, da Maßnahmen wie der Entzug von Pässen oder das Verhindern der Ausreise gegen internationales Menschenrecht verstoßen. So erklärte der serbische Innenminister kürzlich, dass Serbien die europäische Rückführungsrichtlinie umgesetzt habe, wonach abgeschobenen Personen mit einer fünfjährigen Einreisepflicht belegt werden.³¹ Anfang des Jahres brachte der serbische Justizminister ein Gesetzesvorhaben ein, der die „Ausübung von Rechten im Ausland“ verhindern soll. Falls das serbische Parlament dem Vorhaben zustimmt, droht Personen, die sich eines solchen Vergehens schuldig gemacht haben, eine Haftstrafe von bis zu acht Jahren.³²

Im vergangenen Jahr wurden hunderte von BürgerInnen der Balkanstaaten, die zuvor von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum entbunden

²⁸ [Interior minister announces stricter border control](#), Tanjug, 8.05.11

²⁹ [Pečati za lažne azilante](#), RTS, 23.05.11

³⁰ Government of the Republic of Macedonia: [Jankuloska: Visa liberalization, crucial benefit in Macedonia's EU integration process](#), 16.11.2011

³¹ [Lažni azilanti problem i Evrope](#), SRNA, 10.04.12

³² Normative measures - amendments of the criminal legislation Ministry of Justice made proposal of the Law on Amendments of the Criminal Code, Regierungsnotiz ohne Datum



wurden, von den Grenzbehörden ihres eigenen Landes an der Ausreise gehindert. Nach Auskunft der mazedonischen Innenministerin Gordana Jankulovska haben Mitarbeiter ihres Ministeriums im Zeitraum zwischen dem 29. Mai und dem 27. Juni 2011 764 mazedonische StaatsbürgerInnen an der Grenze aufgehalten.³³ Das kleine Montenegro hinderte allein im ersten Quartal 2011, 538 Personen an der Ausreise.³⁴

Im November vergangenen Jahres stellte der Menschenrechtskommissar des Europarats in einer Stellungnahme fest, dass die Ausreiseverbote gegen internationales Recht verstoßen.³⁵ Sogar die europäische Grenzschutzbehörde, *Frontex*, die sich wahrlich nicht dem Schutz von Flüchtlingen oder MigrantInnen verschrieben hat, kam nicht umhin festzustellen, dass die Ausreisekontrollen in Serbien keinerlei gesetzliche Grundlage haben.³⁶

Die EU Kommission hat sich zu diesen Fragen nicht geäußert. In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen Europaabgeordneten Barbara Lochbihler erklärte sie: „Zu den in der Anfrage genannten Einzelmaßnahmen kann die Kommission nicht Stellung beziehen. Allerdings wird besonders darauf geachtet, dass wirksame Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen der zuständigen nationalen und internationalen Kontrollbehörden vorhanden sind und diese Entscheidungen korrekt umgesetzt werden.“³⁷

Auch die Bundesregierung weigerte sich, zu den Maßnahmen Stellung zu beziehen. In ihrer Antwort auf die bereits zitierte parlamentarische Anfrage der Linken erklärte sie lediglich, dass „alle die Reisefreiheit betreffenden Maßnahmen unter strikter

³³ Interior Minister Jankulovska Addresses Ministerial Forum in Austria, *Skopjediem* (ohne Datum)

³⁴ Commission staff working paper: [Report on the post-visa liberalisation monitoring for the Western Balkan countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010](#), SEC 2011 (695) final, 30.05.2011, S. 10

³⁵ Commissioner for Human Rights: [The right to leave one's country should be applied without discrimination](#), *Human rights comment*, 22.11.11

³⁶ “Serbia strengthened exit controls at border crossings with Hungary in order to minimise the abuse after the first wave of asylum claims in the EU. However, there was and still is no legal basis to refuse a Serbian (or other) national to exit if the person fulfils all legal conditions on the basis of information received from the Serbian authorities.” *Frontex: Western Balkans. Annual risk analysis 2011*, Warschau, April 2011, Kasten 8, S. 28

³⁷ Antwort von Frau Malmström im Namen der Kommission (E-012329/2011), 9. Februar 2012, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-012329&language=DE>

Beachtung der völkerrechtlichen Regelungen sowie des innerstaatlichen Rechts durchzuführen [seien].“³⁸

Doch der Druck der EU hat nicht nur dazu geführt, dass Roma aus den Balkanstaaten heute, mehr denn je, der behördlichen Willkür ausgeliefert sind. Er hat auch beträchtlich dazu beigetragen, das Bild der Roma als sogenannten Scheinasylanten, wie sie auch in den Medien bezeichnet werden, zu festigen. „Unsere Asylbewerber, bei denen es sich im Wesentlichen um Roma und Albaner handelt, gehen nicht in den Westen, um ihre Probleme zu lösen, sondern wegen der Gelder, die sie bis zur Entscheidung [über ihren Asylantrag] erhalten,“ erklärte der serbische Premierminister Ivica Dačić kürzlich gegenüber der Schweizer Presse.³⁹

Dačić hat den Roma bereits mehrfach vorgeworfen, dass sie serbischen Interessen Schaden würden; wenn sie im Ausland Asyl beantragen würden.⁴⁰ Ähnlich äußerte sich auch vor zwei Monaten der Vorsitzende des bosnischen Teams, dass die Umsetzung der Massnahmen beobachtet, die im Zuge der Visaliberalisierung getroffen wurde. Er warf den AsylbewerberInnen vor, die Glaubwürdigkeit Bosniens aufs Spiel zu setzen.⁴¹

Ich möchte nun im letzten Teil meines Vortrags auf die Lage der Flüchtlinge aus dem Kosovo, bzw. auf die Bedingungen für ihre Rückkehr eingehen. Dabei bin ich mir sehr wohl bewusst, dass beide Situationen nicht miteinander vergleichbar sind, da es in Kosovo zu einer nahezu flächendeckenden Vertreibung der Roma und anderer ethnischer Minderheiten zu tun haben, deren Folgen bis heute deutlich spürbar sind.

In den vergangenen fünf Jahren sind laut Angaben des UN-Flüchtlingswerks, 3374 Roma, Ashkali und Kosovoägypter „freiwillig“ ins Kosovo zurückgekehrt. Im gleichen Zeitraum wurden 2940 Angehörige ethnischer Minderheiten aus Westeuropa nach Kosovo abgeschoben.⁴² Eine Aufschlüsselung nach ethnischen Gruppen liegt nicht vor. Man kann allerdings davon ausgehen, dass annähernd die Hälfte dieser Menschen, Roma, Ashkali oder Kosovoägypter sind.

³⁸ Antwort auf Frage 8, S. 5

³⁹ [Lažni azilanti problem i Evrope](#), SRNA, 10.04.12

⁴⁰ [Dačić pozvao Rome da ne traže azil u EU Video](#), Blic, 8.05.2011

⁴¹ [Lažnim azilantima iz BiH Švedska glavni cilj](#), SRNA, 22.02.2012

⁴² Eigene Berechnungen auf Grundlage von Zahlen des UN-Flüchtlingswerks

Die Bedingungen der Roma und mit ihnen verwandten Gruppen im Kosovo sind nach wie vor schlecht. Dies geht unter anderem aus dem letzten Bericht des Kosovoombudsmann⁴³ hervor, der die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen aller drei Gruppen unterstreicht, die, seiner Meinung nach, unter anderem dazu führen, dass viele Kinder ihre Schullaufbahn verfrüht beenden oder überhaupt nicht zur Schule gehen.

Allerdings sieht er die Lage der Roma weitaus kritischer. Er unterstreicht, dass die Roma, während und nach dem Krieg, aus vielen Siedlungen vollkommen vertrieben worden seien, und sich nach wie vor, in ganz Kosovo, in ihrer Sicherheit bedroht fühlen würden.⁴⁴ Er unterstreicht auch, dass die Roma aufgrund ihrer Diskriminierung seit jeher einem starken Anpassungsdruck unterliegen.⁴⁵ Heute seien Sicherheitsbedenken ausschlaggebend, warum viele Roma ihre Identität aufgeben würden.

Der Bericht des Ombudsmanns vermittelt ebenfalls einen ersten Einblick in die Situation der Rechtlosigkeit die nach wie vor im Kosovo vorherrscht. Er hebt insbesondere Verstöße gegen das Recht auf Leben vor, das er breit definiert und worunter er auch Eigentumskonflikte fasst und kritisiert das Fehlen von Ermittlungen.⁴⁶

Diese Situation der Rechtlosigkeit betrifft die Roma ganz besonders. Als numerisch schwache Gruppe, die im Gegensatz zu den KosovoserInnen und anderen Minderheiten nicht in geschlossenen Siedlungsgebieten lebt, sind sie Angriffen schutzlos ausgeliefert. Ein Beispiel: Vor einem Monat drangen zwei maskierte Personen in die Wohnung einer alten Frau im Terzi Mahala, einem traditionellen Romaviertel in Prizren, und zwangen sie dazu, ihren Schmuck herauszugeben. Dieser „Zwischenfall“ kam uns zufällig zu Ohren, wurde uns aber auf Anfrage hin, von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bestätigt, die bis dato keine Informationen hatte.

Aufgrund der desaströsen wirtschaftlichen Lage und einer allseits vorhandenen Diskriminierung ethnischer Minderheiten sind die Bedingungen für Roma, die nach Kosovo zurückkehren äußerst schlecht. Das UN-Flüchtlingswerk stelle fest, dass abgeschobene Angehörige ethnischer Minderheiten „kaum Chancen für eine

⁴³ The Ombudsperson Institution (2011): [Tenth annual report 2010](#), Pristina

⁴⁴ Ibid., S. 50

⁴⁵ Ibid., S. 101

⁴⁶ Ibid. S. 37

dauerhafte Integration abgeschobener Minderheiten im Kosovo gibt”. Nachzulesen ist dies im jüngsten Bericht des Generalsekretärs der Vereinen Nationen an den Weltsicherheitsrat. Als Gründe für die fehlenden Integrationsmöglichkeiten nennt der Bericht, fehlende Personaldokumente, Unterkunft, Arbeitsplätze und familiäre Unterstützung, sowie ein Gefühl der Unsicherheit am Ort der Rückkehr.⁴⁷

Vor eineinhalb Jahren legte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, ihr zweites Gutachten zur Umsetzung der Strategie für die Wiedereingliederung der RückkehrerInnen vor, die Kosovo vor vier Jahren auf Druck der internationalen Gemeinschaft angenommen hat. Die OSZE erkennt zwar Fortschritte bei der Erarbeitung und Annahme neuer politischer Bestimmungen, die eine nachhaltige Wiedereingliederung abgeschobener Personen ermöglichen sollen, aber bleibende Probleme bei ihrer Umsetzung, mit der Folge, dass abgeschobene Personen weitgehend auf sich allein gestellt seien. Dies habe fatalen Auswirkungen, insbesondere für diejenigen, die besonders schutzbedürftig sind, darunter auch Frauen und Kinder, sowie generell, Angehörige ethnischer Minderheiten, so die OSZE.⁴⁸

Vor diesem Hintergrund wollten wir wissen, wie „nachhaltig“ Rückkehrprogramme sind. Vor drei Jahren hatte eine Vertreterin des UN-Flüchtlingswerks bei einer ExpertInnentagung in Wien mitgeteilt, dass 90 Prozent aller abgeschobenen Roma, Kosovo in den ersten Wochen nach ihrer Ankunft wieder verlassen würden.⁴⁹

Zahlen über die Nachhaltigkeit der Rückkehr der Flüchtlinge, hat das UN-Flüchtlingswerk offenbar keine, ebenso wenig die Internationale Organisation für Migration, die Rückkehrprogramme im Auftrag westlicher Regierungen organisiert.

Auch die Leiterin des von verschiedenen Bundesländern, darunter auch NRW, geförderten Rückkehrprojekts URA, „Die Brücke“, konnte keine Angaben zur Nachhaltigkeit dieses Projekts machen. Solche Daten würden nicht erfasst. Folglich

⁴⁷ Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (S/2012/72), S. 8

⁴⁸ OSCE: Assessing progress in the implementation of the policy framework for the reintegration of repatriated persons in Kosovo’s municipalities, September 2011, S. 18

⁴⁹ Project on Ethnic Relations: International Roundtable on Roma, Ashkali and Egyptians of Kosovo: Challenges and Prospects of Sustainable Integration, Vienna, 22 October 2008, Report, S. 12



könne „das Bundesamt keine Aussage dazu treffen, wie viele Personen, die durch das Projekt „URA 2“ eine Unterstützung erhalten haben, weiterreisen.“⁵⁰

Viele RückkehrerInnen, insbesondere Kinder und Jugendliche, die in Kosovo aufgewachsen sind, hoffen, als Erwachsene wieder nach Westeuropa zurückkehren zu können. Die Chancen hierfür stehen zurzeit günstig, da die Europäische Kommission Anfang des Jahres die Verhandlungen für eine Lockerung des Visumzwangs mit Kosovo eröffnet hat.

Zwar besteht nach wie vor das Problem, dass Kosovo nicht von allen EU-Mitgliedstaaten als unabhängiger Staat anerkannt wird. Dies verhindert auch den Abschluss eines europäischen Rückübernahmeabkommen. Allerdings hat Kosovo in den vergangenen drei Jahren seit seiner Unabhängigkeitserklärung bilaterale Abkommen mit einem Dutzend EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen und ist mit anderen in Verhandlung: „Wir haben gute Fortschritte bei der Rückkehr von Personen nach Kosovo gesehen,“ erklärte der Leiter der Westbalkanabteilung der EU Kommission, Pierre Mirel, im Dezember und meinte damit die Rückübernahme von abgeschobenen Personen durch die kosovarischen Behörden. Dies habe die Kommission bewegt, die Verhandlungen über eine Lockerung der Visumpflicht einzuleiten.⁵¹

Bereits heute informiert die Internationale Organisation für Migration die Bürger Kosovos darüber, wie sie ihre neue Freiheit richtig nutzen sollen. Kosovoweit wurden Informationszentren eröffnet, die die BürgerInnen des Landes über Einreisebestimmungen in der EU informieren sollen. Mit einem Song in albanischer Sprache und in Romani sollen die BürgerInnen Kosovos vor den Gefahren illegaler Auswanderung gewarnt werden.⁵²

Anlässlich eines Rundtischgesprächs mit VertreterInnen der Roma, Ashkali und Kosovoägypter, vergangenen Monat, in Kosovo Polje, hielten Vertreter der deutschen und belgischen Botschaft, die die Informationskampagne finanzieren, den

⁵⁰ Email-Antwort vom 18.04.12

⁵¹ “We have seen very good progress in the issue of repatriation of people in Kosovo and this has led the commission to launch the dialogue for visas in December”, said Pierre Mirel, Director for Western Balkans in the EU enlargement process. Mirel: Repatriation ensured for Kosovo the dialogue for visas (Koha), Source: UNMIK Headlines – 14.10.2011 & OSCE Broadcast Report – 13.10.2011

⁵² Siehe: RADC: Tryezë e rrumbullakët: 'Ëndërra Evropiane' dhe parandalimi i migrimit të çrregulltë të komuniteteve romë, ashkali dhe egjiptian nga komuna e Fushë Kosovës, Pristina 2012

TeilnehmerInnen die niedrigen Anerkennungsrate für Flüchtlinge vor, um ihnen deutlich zu machen, wie sinnlos es ist, in der EU Asyl beantragen zu wollen.⁵³ Allerdings ist kaum abzusehen, wie eine solche, scheinbar rationale Argumentation fruchten soll, solange sich die Lebensbedingungen für Roma im Kosovo nicht wesentlich bessern.

Aktuell besteht, angesichts der wirtschaftlichen Krise und eines sich allseits verschärfenden Antiziganismus, die Tendenz, Diskriminierung und Gewalt gegen Roma zu banalisieren. Es sei daher daran erinnert, dass diskriminierende Maßnahmen durchaus als Verfolgung gewertet werden können, und demnach einen Anspruch auf Asyl eröffnen, wie das UN-Flüchtlingswerk in seinem Handbuch zur Festlegung des Flüchtlingsstatus von 1951 feststellt.⁵⁴ Dies sei unter anderem dann der Fall, wenn eine Person aufgrund von Diskriminierungen, nur noch eingeschränkt in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die unterschiedliche Wertung der Diskriminierung der Roma äußert sich unter anderem darin, dass die Anerkennungsrate für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten in Kanada.⁵⁵ um ein Vielfaches höher liegt als in Europa. 2011 erhielten circa ein Drittel aller AsylbewerberInnen aus Serbien und Mazedonien in Kanada Asyl, während die Anerkennungsrate in der EU durchschnittlich unter einem Prozent lag, bei wesentlichen Unterschieden zwischen den einzelnen EU-Staaten.⁵⁶ Bei Kosovo mag die Anerkennungsrate sogar noch höher, nämlich bei 43 Prozent.⁵⁷

⁵³ Ibid.

⁵⁴ UNHCR: [Handbook on Procedures and Criteria for Determining Refugee Status under the 1951 Convention and the 1967 Protocol relating to the Status of Refugees](#), Januar 1992

⁵⁵ In Kanada, z.B., ist die Anerkennungsrate weitaus höher. 2009 lag die Anerkennungsrate für AsylbewerberInnen aus Serbien bei 30 Prozent, 2010, bei 46 Prozent und 2011 bei 27 Prozent. Im gleichen Zeitraum lag die Anerkennungsrate für AsylbewerberInnen aus Mazedonien bei 67, 17 und 32 Prozent. (siehe: Immigration and Refugee Board of Canada/Asylum Protection Division: Claims Referred and Finalised: Macedonia; id.: Claims Referred and Finalised: Serbia, 17.01.12, mitgeteilt auf Anfrage von Chachipe.

⁵⁶ Der politische Charakter dieser Entscheidungen ergibt sich aus den unterschiedlichen Anerkennungsrate in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. So erhielten 2010 8,7 Prozent aller AsylbewerberInnen aus Serbien, die in Belgien Asyl beantragten, einen positiven Bescheid, gegen nur 0.6 Prozent in Deutschland. (siehe: European Stability Initiative: Asylum seekers from the Balkans: Statistical data, based on government information concerning first instance decisions in 2010, S. 6)

⁵⁷ Wobei man beachten muss, dass die Zahlen relativ niedrig sind, so dass es zu verhältnismäßig großen Schwankungen von einem Jahr zum anderen kommt. 2009 lag die Anerkennungsrate bei 35 Prozent, 2010 bei 29.



Mit der Änderung ihrer Visumbestimmungen schafft sich die Europäische Union heute ein flexibles Instrument, mit dem sie Druck auf Drittstaaten ausüben kann, damit sie ihre eigenen BürgerInnen an der Grenze kontrollieren und gegebenenfalls an der Ausreise hindern. Dass sich, durch diese Maßnahme, der Druck auf die Roma weiter verschärfen wird, nimmt die Union billigend in Kauf und verspielt damit zugleich die Möglichkeit, langfristig auf eine Verbesserung ihrer Lage hinwirken zu können.

Karin Waringo

Chachipe

<http://romarights.wordpress.com/>